

### Hin geschleppt, zurück geschoben

Wenn es für etwas eine Nachfrage gibt, gibt es auch ein Angebot, das ist das Grundprinzip der freien Marktwirtschaft. Solange es so viele Menschen gibt, die trotz aller Gefahren nach Europa drängen, wird deshalb die Schlepperei ein gutes Geschäft bleiben. Für die Schlepper zählt, wie viele Flüchtlinge im Boot einsteigen und ihre „Fahrkarte“ bezahlen, nicht, ob sie auch lebendig ankommen. Auf Abwehrmaßnahmen wie die militärische Überwachung des Mittelmeers reagieren sie mit der Verlegung ihrer Routen. Die neuen Routen führen nicht mehr über Nordafrika, sondern von der westafrikanischen Küste aus von Senegal oder Guinea-Bissao direkt zu den kanarischen Inseln. Dieser Weg wird nicht nur von WestafrikanerInnen beschritten, kürzlich wurde vor Teneriffa auch ein Boot mit 216 Flüchtlingen aus Pakistan entdeckt.

Auf den zunehmenden Flüchtlingsstrom vom afrikanischen Kontinent reagiert die EU wie gewohnt mit Repression. Die spanische Regierung unterzeichnete nach harten Verhandlungen mit den Regierungen von Marokko, Mauretanien und Mali Abkommen, die diese verpflichtet, alle zukünftig Abgeschobenen aufzunehmen. Eine ähnliche Vereinbarung wurde auch mit der senegalesischen Regierung abgeschlossen. Erste Abschiebungen nach Senegal gab es bereits Ende Mai dieses Jahres, doch die danach geplante Deportation von weiteren 600 Personen musste nach massiven Protesten in Dakar gegen den menschenunwürdigen Umgang mit den Flüchtlingen ausgesetzt werden.

Unter dem Druck der EU konnte die senegalesische Regierung nun die Massenabschiebungen nicht mehr hinauszuzögern, so dass am 14. September die erste Maschine mit 60 Menschen in Saint-Louis im Nordwesten des Landes landete. Dort wurden sie nach Angaben eines Reporters vom Gouverneur der Region, Sougoufara, mit folgenden Worten empfangen: "Ihr seid das Abenteuer eingegangen und unter schweren Bedingungen zurückgekommen. Das ist nicht das Ende der Welt, ihr könnt auch in eurem Land den Erfolg finden". Wie das funktionieren soll, hat er aber nicht dazu gesagt. Es ist jedoch zu befürchten, dass den zukünftig Abgeschobenen nicht mehr so ein freundlicher Empfang bereitet wird, laut Berichten der spanischen Zeitung "El País" drohe ihnen eine Haftstrafe bis zu zwei Jahren, um zu verhindern, dass sie erneut eine Überfahrt versuchen.

Bei einem Treffen mit Angela Merkel am Bodensee versicherte der spanische Regierungschef Zapatero, dass die Deportationen "menschlich" abgewickelt werden sollen. Maßnahmen zur Beseitigung der Fluchtgründe in Afrika kamen dagegen bei dieser Beratung nicht zur Sprache. Die Entwicklung gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen oder Handelsbeschränkungen für subventionierte Nahrungsmittelexporte aus der EU, welche die Agrarproduktion in den

afrikanischen Ländern zugrunde richten, passen im Gegensatz zu repressiven Maßnahmen offenbar nicht in ihr Konzept.

Solange die Menschen in Afrika sehen, dass der Reichtum ihrer Länder abgezogen wird, und ihnen selbst keine Aussicht auf ein menschenwürdiges Leben mehr bleibt, werden sie trotz aller EU-Abwehrmaßnahmen weiter versuchen, in dieselbe Richtung zu gehen, nämlich dorthin, wohin das Geld fließt. Der Verfall der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt und die von der Weltbank aufgezwungenen "Strukturanpassungsprogramme" haben viele afrikanische Familien in eine derart aussichtslose Lage gebracht, dass sie keine andere Zukunftsperspektive mehr sehen, als zu versuchen, ein Familienmitglied nach Europa zu schicken. Diese Investition lohnte sich in der Vergangenheit auch für viele. Man kann die Familien gar nicht zählen, die in vielen afrikanischen Ländern täglich auf das Geld warten, dass ihre Angehörige schicken, die in Europa Arbeit gefunden haben. Der Geldfluss, der von afrikanischen MigrantInnen aus Europa nach Hause transferiert wird, übersteigt alle Entwicklungshilfegelder und stellt in einigen Regionen die Grundlage von kleineren Wirtschaftsunternehmen dar.

Diese Situation zementiert aber die Abhängigkeit von Europa und gewährt nur selten einen Ausweg. Wie viele AfrikanerInnen haben in Europa geschuftet und gespart, um für sich und ihre Familie in Afrika eine Existenz aufzubauen? Doch die instabile Situation, korrupte Regierungen und vor allem Armut und Mangel haben die meisten dieser Initiativen zum Scheitern gebracht. Wie oft fehlten Ersatzteile für eine nach Afrika geschickte Maschine, oder sie musste verkauft werden, um hungrige Mäuler zu füttern oder für einen Familienangehörigen die Krankenhausrechnung zu bezahlen? Damit die Ideen dieser engagierten Menschen aber verwirklicht und ihre Anstrengungen fruchten können, müssen in den afrikanischen Ländern Bedingungen geschaffen werden, die eine eigenständige und unabhängige wirtschaftliche Entwicklung fördern. Das können die Regierungen dieser Länder aber nur zuwege bringen, wenn ihnen faire Bedingungen auf dem Weltmarkt eingeräumt werden.

Es wird geschätzt, dass im Jahr 2006 bis jetzt an die 9000 Menschen mit Booten aus Afrika nach Europa eingereist sind, womit sich die Zahl gegenüber dem Vorjahr bereits verdoppelt hat. Laut Angaben der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ wird die Zahl derer, die bei diesem Versuch ihr Leben verloren haben, auf mindestens 6300 geschätzt. Die Massmigration aus den Ländern des Südens in den Norden ist ein Phänomen, welches die eklatante Ungleichheit in unserer Welt sehr deutlich aufzeigt. Und solange die Ursachen für die Ungerechtigkeit nicht beseitigt werde, werden alle Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr den Zustrom der Menschen aus dem Süden in die Zentren des Reichtums nicht bremsen können. Normal 0 21 false false false DE X-NONE X-NONE MicrosoftInternetExplorer4

*erschieden in: Talktogether Nr. 18/2006*